

MARTIN ZECHNER

zieht Lehren aus den Protesten
gegen den Stuttgarter Bahnhof



Stuttgart 21 und die Folgen

Immer wieder versuchen Projektwerber – oft sind es Energiekonzerne oder Autobahngesellschaften – Stimmung für ihre Projekte zu machen. Diese müssen meist eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bestehen, also einer umfassenden Prüfung standhalten. Und dennoch entwickelt sich großer Widerstand. Warum eigentlich?

Die Auseinandersetzungen rund um den Bahnhof Stuttgart 21 haben gezeigt, dass der Widerstand völlig neu organisiert wird. Durch Facebook, Twitter & Co wird die Kommunikation zwischen den einzelnen Interessengruppen schneller, vernetzter und direkter. Es kommt zu einer Vermischung zwischen Berufsdemonstranten und jenen Bürgern, die wirklich am Inhalt interessiert sind.

„Bei großen Infrastrukturprojekten, wie Stuttgart 21 eines ist, wird die Legitimation durch Verfahren nicht mehr ausreichen.“

Nun handelt es sich bei Stuttgart 21 nicht um ein Atomkraftwerk, eine Mülldeponie oder einen Flughafen. Nein, es handelt sich um ein Bahnhofprojekt. Dennoch hat es die unterschiedlichen Interessengruppen vereint und den Staat, die Demokratie und die Projektanten vorgeführt. Es hat uns aber auch gezeigt, dass die Legitimation durch Verfahren offensichtlich nicht mehr ausreicht und die neuen Vertreter der „Gegendemokratie“ derartige Projekte blockieren, ja verhindern können. Diese Welle des Widerstands hat auch damit zu tun, dass die Zivilgesellschaft ihr Ver-

trauen in die Politik verloren hat. Dieses Vertrauen wird auch durch Bürgerbefragungen zu Projekten nicht herstellbar sein. Diese gefährden noch dazu das Investitionsklima an einem Wirtschaftsstandort. Auch herkömmliche Maßnahmen wie publizierte Umfragen von Befürwortern und Gegnern sind nur beschränkt tauglich, da sie immer nur den Standpunkt des Auftraggebers widerspiegeln.

Nur wenn es nun gelingt, aus den Bürgerbewegungen des Jahres 2010 die notwendigen Schlüsse zu ziehen und die Verfahren radikal an die neuen Notwendigkeiten anzupassen, wird es in Zukunft möglich sein, Infrastrukturprojekte umzusetzen. Die Begleitung durch einen „Schiedsrichter“, also eine über jeden Verdacht erhabene (dritte) Person, sollte bereits in einem Frühstadium zu den fixen Vorgaben bei derartigen Großprojekten zählen. Nur dadurch können Befürworter, Gegner und politisch Verantwortliche an einem Tisch gemeinsam zu einem Ergebnis kommen.

Der Richterspruch muss anschließend für alle verbindlich sein, was allerdings auch die Lern- und Akzeptanzfähigkeit bei den Gegnern voraussetzt, da das bloße „Dagegensein“ dann nicht mehr ausreicht. Bürgerbefragungen hingegen tragen dazu bei, die Politik weiter aus der Verantwortung zu entlassen und damit das Vertrauen zu schmälern. Damit wird niemand befriedet und eingebunden: Nicht der Gegner und nicht der Befürworter.

Martin Zechner ist Geschäftsführer der Strategieberatungsgesellschaft Martin Zechner & Partner